

# Übersichten

## Außenpolitik

### \* (1) Sicherheitspolitische Prinzipien für den Pazifik

Anlässlich eines Treffens des chinesischen Außenminister Qian Qichen mit dem Hauptvertreter der UN in Kamboodscha, Yasushi Akashi, in Shanghai nahm man in einer Pressekonferenz zu den chinesischen Vorstellungen für die künftige Sicherheit und Abrüstung im pazifischen Raum Stellung. Um die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik in der asiatisch-pazifischen Region abzustützen, sollten Konfliktregelungen auf der Basis folgender Vorstellungen erfolgen.

(1) Der Ausbau der Beziehungen zwischen den asiatisch-pazifischen Ländern "sollte streng in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen und den Fünf Prinzipien der Koexistenz erfolgen - Achtung voreinander, aufrechtes Verhalten gegenüber einander, gleichberechtigte Zusammenarbeit und Freundlichkeit". Bei Beachtung dieser Prinzipien werde sich "die asiatisch-pazifische Region in eine Region des Friedens, der Sicherheit, der guten Nachbarschaft und des Wohlstandes verwandeln".

(2) Kein asiatisch-pazifisches Land sollte regionale oder subregionale Hegemonie anstreben oder Einflußsphären errichten. Kein Land sollte "an irgendeinem militärischem Bündnis, das gegen ein anderes Land gerichtet ist, teilnehmen, auf ausländischem Territorium Militärstützpunkte errichten oder dort Truppen stationieren. Ferner sollte sich kein Land "in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes, unter welchem Vorwand auch immer, einmischen".

(3) Alle asiatisch-pazifischen Länder sollten ihre Anstrengungen darauf ausrichten, gutnachbarschaftliche Beziehungen mit den anderen Ländern zu

entwickeln. Insbesondere sollten sie "Territorial- und Grenzstreitigkeiten ebenso wie andere Probleme, die sich aus der Geschichte ergeben haben, durch friedliche Verhandlungen in Übereinstimmung mit den entsprechenden internationalen Konventionen und UN-Entscheidungen regeln, statt Gewalt anzuwenden oder mit Gewalt zu drohen". Solche Verhandlungen sollten allerdings erst dann geführt werden, wenn die Bedingungen dafür vielversprechend sind. Ansonsten sollte ein Disput oder ein anderes Problem in beiderseitigem Einvernehmen zurückgestellt werden, bis sich bessere Voraussetzungen ergeben haben. In der Zwischenzeit sollten die betroffenen Länder ihre Politik darauf ausrichten, "sicherheitsverbessernde und vertrauensbildende Maßnahmen zu ergreifen, um mögliche Konflikte zu vermeiden".

(4) Kein asiatisch-pazifisches Land sollte sich an irgendeiner Form von Rüstungswettlauf beteiligen. Die Verteidigungskapazitäten jedes Landes sollten das "Niveau, das mit den legitimen Verteidigungsbedürfnissen vereinbar ist", nicht überschreiten. Die Länder mit großen nuklearen Arsenalen und hochkomplizierten konventionellen Waffensystemen sollten sich weiterhin darum bemühen, "eine besondere Verantwortung zu übernehmen und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen für Abrüstung zu erfüllen". Insgesamt sollte man darauf hinarbeiten, in den verschiedenen Teilregionen der Gesamtregion atomwaffenfreie Zonen oder Friedenszonen zu errichten und sich offiziell dazu verpflichten, gegenüber nichtnuklearen Ländern niemals einen Ersteinsatz von Atomwaffen in Betracht zu ziehen oder mit dem Einsatz von Atomwaffen zu drohen.

Über diese sicherheitspolitischen Prinzipien hinaus sollten die asiatisch-pazifischen Länder durch "Steigerung des wirtschaftlichen Austausches und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit" - sowohl bilateral als auch multilateral -

zur Stabilisierung der Gesamtregion beitragen. Um ihre langfristigen Modernisierungsprozesse erfolgreich zu gestalten, benötigen alle Länder der Region "eine friedliche und stabile internationale Umwelt, insbesondere in den benachbarten Gebieten".

"Solange alle Länder Vertrauen zeigen, sich aufeinander stützen, aktive Zusammenarbeit ausüben und konzertierte Bemühungen unternehmen, spricht alles für Frieden, Stabilität und dauerhafte Entwicklung in der asiatisch-pazifischen Region während der 90er Jahre und selbst im nächsten Jahrhundert." (XNA, 18.8.92) -ma-

### \* (2) Nationales PECC-Treffen

Ende August fand in der VR China das 5. Treffen des Nationalen Komitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Pazifik statt. Im Mittelpunkt des Treffens standen die Vorbereitungen für das 9. Treffen des Pazifischen Wirtschaftlichen Kooperationsrates (Pacific Economic Cooperation Council, PECC). Der Kooperationsrat wird sich Ende September in San Francisco zusammenfinden. Es handelt sich bei ihm um ein Gremium, in dem Nichtregierungsorganisationen aus insgesamt 20 pazifischen Ländern und Gebieten vertreten sind. Von chinesischer Seite will man den Grundsätzen für regionale Zusammenarbeit, die durch das Treffen des Kooperationsrates offiziell verabschiedet werden sollen, zustimmen. "Es ist notwendig, die pazifische wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der Normen, Prinzipien und Konventionen des GATT durchzuführen." China sei dazu bereit. Es werde seine Öffnungspolitik fortsetzen und "neue positive Beiträge für die pazifische regionale Zusammenarbeit leisten". Die "konstruktive" Absichtserklärung Chinas ist im Zusammenhang mit der Bemühung zu sehen, "sobald wie möglich die Mitgliedschaft im GATT wieder aufzunehmen". (XNA, 29.8.92) -ma-

### \* (3) Blockfreienbewegung wichtig

In seiner Grundsatzrede auf der Gipfelkonferenz der Blockfreienbewegung Anfang September in Jakarta betonte Chinas Außenminister Qian Qichen, daß aus chinesischer Sicht "die Blockfreienbewegung immer noch äußerst



wichtig für die Wirklichkeit" sei. Sie könne als Bewegung der Entwicklungsländer gerade unter den neuen internationalen Bedingungen eine konstruktive Rolle spielen und zwar deswegen, weil "die beiden Hauptfragen des Friedens und der Entwicklung, denen die Menschheit gegenübersteht, noch nicht gelöst sind". Immer noch werde die internationale Politik zu stark durch Machtpolitik und Hegemoniestreben beeinflusst. "Ungerechte Praktiken der Staaten, die die Schwachen bedrohen, sowie der Reichen, die die Armen einschüchtern, und der Großen, die die Kleinen unterdrücken, sind an der Tagesordnung." Ferner sei deutlich erkennbar geworden, daß die alten internationalen Widersprüche und Konfliktpotentialien noch nicht wirklich ausgeräumt seien, zugleich jedoch "bisher verdeckte Widersprüche offensichtlich geworden sind, was zu neuen scharfen Konflikten und neuen örtlichen Kriegen geführt" habe.

Insgesamt würden sich auch die Nord-Süd-Widersprüche verschärfen, weil die Gefälle zwischen den reichen und den armen Ländern ständig wachsen.

China nahm an der Konferenz der 103 Mitgliedsländer der Blockfreienbewegung als "Beobachterland" teil - ein Status, den ihm die Gipfelkonferenz "formal zugestanden" hatte. China werde die Blockfreienbewegung auch weiterhin in ihrer "wichtigen geschichtlichen Mission" unterstützen, "eine neue internationale politische und wirtschaftliche Ordnung auf der Grundlage der Gleichheit und des gemeinsamen Vorteils" zu errichten. (XNA, 3.9.92) -ma-

**\* (4)**  
**Internationales Völkerrechtssymposium**

Im August war China Gastgeber eines internationalen Symposiums "zur Lehre und Forschung im Völkerrecht". Im Mittelpunkt der Diskussionen standen Vorträge und Kurse zur Lehre des Völkerrechts, zu Lehrmethoden und zur Erstellung von Textbüchern sowie Referate über Theorie und Praxis des Völkerrechts. Neben Rechtswissenschaftlern und Rechtspraktikern nahmen von chinesischer Seite als führende Persönlichkeiten Wang Hanbin, Stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen

Volkskongresses, und Zou Yu, Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für internationale Angelegenheiten und Recht des Nationalen Volkskongresses, an der Veranstaltung teil. Es wurde betont, daß zur Festigung des Verständnisses des Völkerrechts weitere Anstrengungen unternommen werden müßten. Insbesondere gehe es darum, mehr Mittel bereitzustellen, um das Lehrfach an den Universitäten auszubauen. In dieser Hinsicht sehe sich China ähnlichen Schwierigkeiten gegenüber wie die meisten Entwicklungsländer. Man sei daher darauf angewiesen, "die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen allen Staaten zur Entwicklung des Völkerrechts zu verbessern". Von westlicher Seite nahmen Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritannien, Italiens, Deutschlands, der Niederlande usw. teil. Aus dem pazifischen Raum waren neben Australien vor allem Japan, aber auch Südkorea vertreten. (XNA, 18.8.92) -ma-

**\* (5)**  
**Tansanias Präsident in China**

Ende August 1992 hielt sich der Präsident der Vereinigten Republik Tansania, Ali Hassan Mwinyi, zu einem offiziellen einwöchigen Besuch in China auf. Der Besuch erfolgte auf Einladung des chinesischen Präsidenten Yang Shangkun. Sein offizieller Zweck ist es, "die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen der Zusammenarbeit mit China, insbesondere auf wirtschaftlichem und kommerziellen Gebiet, zu stärken". Ein wesentliches Teilziel des Besuches sei es, "Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Form von Gemeinschaftsunternehmen und Handelsaustausch zu erkunden". Tansania verfolge gegenwärtig eine Öffnungspolitik, die der Chinas ähnlich sei, und daraus könne sich "Raum für Zusammenarbeit" ergeben. Ein Beispiel sei die gemeinsame "chinesisch-tansanische Schiffstransportzusammenarbeit". Nach dem Vorbild dieses gemeinsamen Unternehmens könnten sich chinesische Geschäftsleute in Zukunft in Tansania stärker engagieren.

Der Besuch Mwinyis wurde von beiden Seiten als "vollständiger Erfolg" gewertet. Vor allem die Gespräche mit KP-Generalsekretär Jiang Zemin, Präsident Yang Shangkun und Ministerpräsident Li Peng seien darauf ausgerich-

tet gewesen, "diversifizierte Formen der Zusammenarbeit auf weiten Gebieten" zu diskutieren. Ergebnis dieser Gespräche war ein "Abkommen zwischen den Regierungen Chinas und Tansanias zur wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit". Ferner wurde ein "Durchführungsplan für Kulturaustausch 1992/94 im Rahmen des Abkommens zur kulturellen Zusammenarbeit" unterzeichnet. (XNA, 24. und 31.8.92) -ma-

**\* (6)**  
**Kaiserlicher Besuch angekündigt**

Am 25. August gab die japanische Regierung bekannt, daß sie nach längeren Beratungen ihre Zustimmung zu der Reise des japanischen Kaiser Akihito nach China vom 23. bis zum 28. Oktober gegeben habe. Akihito wird der erste Tenno sein, der China besucht. Im Mittelpunkt des Besuchs soll eine Rede des Kaisers während des Empfangs in Beijing stehen. Bisher jedoch hat die japanische Regierung noch nicht verlauten lassen, welche Inhalte diese Rede bestimmen werden. Man gab jedoch deutlich zu verstehen, daß der Kaiser auf keinen Fall eine offizielle Entschuldigung für japanische Vergehen während des Pazifischen Krieges aussprechen werde. Kurz nach Bekanntwerden der Reisepläne des Kaisers reagierte das Außenministerium der Republik China (Taiwan) und sprach seine Erwartungen aus, "daß die japanische Regierung sicherstellt, daß Kaiser Akihitos Besuch auf dem chinesischen Festland im Oktober nicht von Beijing für ungerechtfertigte politische Zwecke genutzt wird". (NZZ, 27.8.92; SWB, 27.8.92) -ma-

**\* (7)**  
**Diplomatische Beziehungen mit der Republik Korea**

Am 24. August 1992 unterzeichneten Chinas Außenminister Qian Qichen und der Außenminister der Republik Korea (Südkorea), Lee Sang Ock, in Beijing im Gästehaus der Regierung ein Abkommen zur Aufnahme bilateraler diplomatischer Beziehungen. Der Austausch von Botschaftern soll zum "frühest möglichen Zeitpunkt" vollzogen werden. Das Abkommen umfaßt sechs Punkte. In Punkt 3 erkennt die Republik Korea die Regierung der Volksrepublik China als "einzig legale



Regierung Chinas" an und bestätigt Beijings Anspruch, daß Taiwan unveräußerlicher Bestandteil Chinas sei. China seinerseits erkennt den Wunsch der Republik Korea auf "friedliche Wiedervereinigung" an. In diesem Austausch von Zugeständnissen hat China eindeutig das "bessere Geschäft" gemacht. Es hatte seinerseits den Alleinvertretungsanspruch Nordkoreas für ganz Korea bereits im September 1991 faktisch aufgegeben, als es mithilfe, die Aufnahme Südkoreas in die UNO zu bewerkstelligen. Umgekehrt war Südkorea der letzte asiatische Staat, der Taiwan anerkannt hatte, dessen Regierung sich jetzt eindeutig "verraten" fühlt. Die Reaktion aus Taibei war dementsprechend. Man brach die diplomatischen Beziehungen zur Republik Korea noch vor Unterzeichnung des chinesisch-koreanischen Abkommens ab, setzte die handelspolitische Vorzugsbehandlung für Unternehmen der Republik Korea aus und unterbrach die Flugverbindungen. Unter nationalen Interessens Gesichtspunkten ist das Vorgehen der südkoreanischen Regierung jederzeit nachvollziehbar. Mit der Normalisierung der Beziehungen zur Volksrepublik China ist der letzte Schritt in einer Außenpolitik vollzogen worden, die darauf ausgerichtet war, die Phalanx der Länder, die ausschließlich Nordkorea anerkannten, aufzubrechen. Den Anfang machte Ungarn; es folgten andere osteuropäische Staaten und dann 1990 auch die damalige Sowjetunion. Und jetzt hat Nordkorea den letzten Stützfeiler verloren.

Im nachhinein läßt sich die Behauptung aufstellen, die Entwicklung zwischen China und Südkorea mußte so verlaufen wie sie verlaufen ist. Die faktischen Beziehungen zwischen beiden Staaten waren bereits seit Jahren zu Lasten Nordkoreas gewachsen. Dies gilt insbesondere für die wirtschaftliche Seite. Der Handel zwischen beiden Ländern erreichte 1991 bereits 6 Mrd.US\$; 1992 wird er 10 Mrd.US\$ überschreiten. Zugleich ist das Investitionsengagement koreanischer Unternehmen erheblich gestiegen.

Beide Seiten betonten, daß die offizielle gegenseitige Anerkennung nicht gegen Nordkorea gerichtet sei. Ferner wurde der gesamte Besuch des südkoreanischen Außenministers einschließlich der Vertragsunterzeichnung durch ein ausgesprochen "spartanisches" Protokoll begleitet. Dennoch scheint die

Verunsicherung in Nordkorea verhältnismäßig groß zu sein. Bis Mitte September gab es keine offizielle Reaktion. Inoffiziell wurde für einige Tage der chinesisch-nordkoreanische Grenzverkehr unterbrochen. Das lange Zögern deutet darauf hin, daß man in Nordkorea Zeit benötigt, um die völlig neue Situation zu bewerten und Schlußfolgerungen aus ihr zu ziehen. Möglicherweise hatte man bis zuletzt wider besseres Wissen darauf gehofft, daß es nicht zur offiziellen Anerkennung des Südens kommen werde.

Südkoreas Präsident Roh Tae Woo verkündete in einer Fernsehansprache anläßlich der Unterzeichnung, daß das neue Verhältnis zu China "der Anfang vom Ende des kalten Krieges in Ostasien" sei. Jetzt kehre Normalität in die Beziehungen ein, die in der Geschichte immer besonders eng gewesen seien und erst im 20.Jh. eine unglückliche Wendung genommen hätten. Auch Roh betonte den engen Zusammenhang von Wirtschaft und Politik. Die Nichtexistenz von offiziellen Beziehungen sei Ausdruck "unnatürlicher Beziehungen" gewesen. China sei zum drittgrößten Handelspartner aufgestiegen. Unter diesen Gesichtspunkten sei es zwar bedauerlich gewesen, Taiwan opfern zu müssen, aber "unvermeidlich".

Von chinesischer Seite wurde inoffiziell betont, daß die Aufnahme der Beziehungen mit der Republik Korea keine wesentlichen Negativwirkungen auf das Verhältnis zu Nordkorea haben werde: "China faßte Ende letzten Jahres den Entschluß, seine Beziehungen zu Südkorea im Laufe dieses Jahres zu normalisieren, und hat von Anfang an Nordkorea über den Fortgang informiert." Dennoch befindet sich Nordkorea in einer nachteiligen Position. Während der gesamten 80er Jahre hat es Diskussionen über eine sog. "cross recognition" gegeben, d.h. über eine möglichst koordinierte Überkreuzanerkennung Nordkoreas durch die USA und Japan sowie Südkoreas durch die Sowjetunion und China. Die Anerkennung Nordkoreas durch die USA ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten, und die Reaktion Japans ist gegenwärtig ebenfalls nicht klar. Von chinesischer Seite ist an die japanische Regierung die Erwartung herangetragen worden, jetzt dem Beispiel Beijings zu folgen und Nordkorea möglichst bald anzuerkennen.

Trotz aller äußeren Bekundungen, die gleichsam eine stillschweigende Zustimmung Nordkoreas andeuten sollen, war der tatsächliche Verlauf der Verhandlungen keineswegs ohne Schwierigkeiten. Von südkoreanischer Seite hieß es: "Wir mußten die Veröffentlichung bis zum letzten Augenblick verschieben wegen der Empfindlichkeit Nordkoreas." Es soll bereits Anfang Juli zu einer Einigung gekommen sein, das Abkommen zu unterzeichnen. Diese Unterzeichnung wurde dann jedoch verzögert, "weil irgendjemand in das Büro der Chinesischen Außenhandelskammer im Zentrum Seouls einbrach und eine 'beachtliche Anzahl an diplomatischen Dokumenten und einige hundert Dollar Bargeld' stahl". In Beijing bestand man darauf, daß der Diebstahl durch antichinesische Organisationen durchgeführt worden sein müsse, einschließlich der taiwanesischen Botschaft in Seoul. (SWB, 22.8.92; XNA, 30.8.92; AWSJ, 24.8.92; NZZ, 26.8.92; SZ, 25.8.92) -ma-

\*(8)

#### Yao Yilin in Südostasien

Mitte August unternahm der Stellvertretende chinesische Ministerpräsident Yao Yilin einen sog. "offiziellen Goodwill-Besuch" nach Malaysia und Singapur auf Einladung des Stellvertretenden malaysischen Ministerpräsidenten, Encik Ghafar Bin Baba, und Singapurs Stellvertretendem Ministerpräsidenten, Lee Hsien Loong. Gleichzeitig hielt sich Malaysias Verteidigungsminister Najib in China auf. Es ist der erste Besuch eines malaysischen Verteidigungsministers seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 1974. Ziel dieses Besuchs sei es nach Angaben beider Seiten, "die freundlichen Beziehungen zwischen den Streitkräften beider Länder zu fördern".

Inhalt der Gespräche Yao Yilins in Malaysia und Singapur waren vor allem Handels- und Wirtschaftsfragen. Insbesondere in Singapur ging es um den weiteren Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Der Handel Singapurs mit China beläuft sich in der Zwischenzeit auf rd. 3 Mrd.US\$. Gleichzeitig ist das Volumen singapurischer Investitionen in China in jüngster Zeit deutlich gestiegen. Bemerkenswert ist, daß sich diese Investitionen nicht ausschließlich auf die südlichen Küstenprovinzen konzentrieren,



sondern auch auf Nordostchina. Aus singapurianischer Sicht ist "Chinas Entwicklung ausgesprochen wichtig für den regionalen Wohlstand und die Stabilität in Südostasien". Man äußerte sich ferner ausgesprochen zuversichtlich über die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten Chinas, vorausgesetzt, das Land "setzt die Reformen in seiner Wirtschaft fort". (XNA, 16. und 18.8.92) -ma-

**\*(9)  
Gespräche in Bangkok**

Mitte August hielt sich Chinas Stellvertretender Außenminister Xu Dunxin zu einem dreitägigen "Arbeitsbesuch in Thailand" auf. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Frage, wie man auf die Khmer-Rouge-Bewegung einwirken könne, "eine kompromißvolle Haltung zur nationalen Aussöhnung einzunehmen". Xu traf sich mit Khieu Samphan, um die Khmers Rouges zu veranlassen, "die zweite Phase des Pariser Friedensabkommens einzuleiten". In seinen Gesprächen mit Thailands Außenpolitikern gab es Übereinstimmung, "die Rolle des Obersten Nationalen Rats Kambodschas zu stärken als Anreiz für die Khmers Rouges, dem UN-Friedensplan zu folgen". Die wöchentlichen Sitzungen des Rates sollten in Zukunft nur noch von den kambodschanischen Vertretern und dem Chef der UN-Übergangsbehörde in Kambodscha UNTAC, Yasushi Akashi, gestaltet werden. "Dies würde den Geist der nationalen Versöhnung unter den vier früheren Kriegerfraktionen fördern, so wie er während der Ratstreffen in Patthaya im letzten Jahr vorherrschte." Trotz der Bemühungen von chinesischer Seite war die Reaktion der Khmers Rouges nicht vielversprechend. "Xu sagte, er habe Khieu von den Ergebnissen der Diskussionen mit den Vertretern Thailands berichtet, aber es habe keine substantielle Reaktion von seiten Khieus gegeben." Neben der Einigung der Teilnehmerzahl an den Wochentreffen des Nationalen Rates verständigten sich die chinesische und die thailändische Seite darauf, daß Prinz Sihanouk die "Rolle und Funktion eines echten SNC-Vorsitzenden übernehmen soll", und daß der Rat "die einzige Autoritätsquelle in Kambodscha während der Übergangszeit sein soll". Sie bestätigten ferner, daß aus ihrer Sicht der Vorschlag, den Abzug der

vietnamesischen Streitkräfte aus Kambodscha durch UNTAC und den Rat überwachen zu lassen, "korrekt und vernünftig und in Übereinstimmung mit dem Pariser Abkommen vom 23. Oktober 1991 ist". (SWB, 19.8.92) -ma-

**\*(10)  
Hilfe für Bangladesh**

China hat Bangladesh einen "zinsfreien Kredit von 30 Mio. Yuan angeboten", um zur Errichtung von Gemeinschaftsunternehmen zwischen beiden Ländern beizutragen. Dies ist der wesentliche Inhalt eines Abkommens zur wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit, das von Tong Zhi-guang, Stellvertretender Minister für außenwirtschaftliche Beziehungen und Handel, und dem Leiter der Wirtschaftsabteilung des Finanzministeriums von Bangladesh, Chaudhury, am 29. August in Beijing unterzeichnet wurde. Der Kredit soll vor allem dazu dienen, kleine und mittlere Joint Ventures zwischen Unternehmen aus Bangladesh und chinesischen Geschäftsleuten einzurichten. "Der Kredit stellt eine neue Formel dar, die China in diesem Jahr einführt, um die Zusammenarbeit mit anderen Entwicklungsländern zu stärken." (XNA, 30.8.92) -ma-

**\*(11)  
Verhältnis zu Pakistan stabil**

Anlässlich eines Besuchs des Generalstabschefs der pakistanischen Streitkräfte, Shamim Alam Khan, in Beijing, betonten verschiedene militärische Spitzenführer Chinas, "daß sich die chinesisch-pakistanischen Beziehungen nicht ändern werden, wie auch immer die internationale Situation ist". Mit Blick auf die Lage in Südasien resümierte Liu Huaqing, Stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Militärkommission, daß "die Freundschaft zwischen China und Pakistan den Test der Zeit und Geschichte bestanden hat". Staatsrat und Verteidigungsminister Qin Jiwei sprach sich dafür aus, daß China und Pakistan gemeinsam "regionalen Frieden und Stabilität fördern sollten", ohne daß diese gemeinsamen Anstrengungen zu Lasten "irgendeines anderen freundlichen Nachbarn" gingen. Von pakistanischer Seite wurde betont, daß Chinas politischer

Einsatz zur Stabilisierung der asiatisch-pazifischen Region durchaus "im Interesse Pakistans" gewesen sei. Der Besuch des Generalstabschefs diente der Vorbereitung eines Besuchs des pakistanischen Ministerpräsidenten und des Verteidigungsministers in China, der bis Ende des Jahres vorgesehen ist. (XNA, 19.8.92) -ma-

**\*(12)  
Südpazifiktour**

Vom 24. Juli bis zum 9. August 1992 besuchte eine Delegation des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China unter Leitung Peng Chongs, Stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des NVK, fünf südpazifische Staaten. Es handelte sich um die erste Delegationsreise seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und den betreffenden Staaten (Mikronesien, Marshall-Inseln, Kiribati, Fidschi und Vanuatu). Zugleich galt die Reise als Gegenbesuch zur Chinareise einer Delegation von Parlamentssprechern aus Mikronesien, den Marshall-Inseln und Vanuatu im letzten Jahr. Konkrete Ergebnisse waren nicht zu verzeichnen. Das Kommuniqué spricht nur von einer "Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses und der Freundschaft". Darüber hinaus sei erneut bestätigt worden, daß die "fünf Länder fortfahren werden, eine Ein-China-Politik auszuüben". Man werde sich ferner darum bemühen, "die wirtschaftlichen Beziehungen, Handel und technische Zusammenarbeit stärker zu entwickeln". (SWB, 9.9.92) -ma-

**\*(13)  
Regierungsdelegation in Lateinamerika**

Eine Delegation der chinesischen Regierung unter Führung des Stellvertretenden Außenministers Liu Huaqing besuchte im August die lateinamerikanischen Länder Ecuador, Mexiko und Kuba. In Ecuador nahm die Delegation an der Einführungszeremonie des neuen ecuadorianischen Präsidenten teil. In Mexiko war das Besuchsziel, "den Fortgang der bilateralen Beziehungen zu überprüfen, um die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern einschließlich der Zusammenarbeit in internationalen Anlässen, insbesondere in den



Vereinten Nationen, zu stärken". In Kuba kam es zu ausführlichen Gesprächen zwischen Liu und Fidel Castro. Castro bescheinigte China eine kluge Politik: "Wir verfolgen Chinas Aufbau-prozeß sehr intensiv. Politisch unternimmt China Dinge, die voller Weisheit sind, und seine Wirtschaft entwickelt sich sehr schnell." Castro nahm auch Bezug auf seine Gespräche mit Ministerpräsident Li Peng in Rio de Janeiro vom Juni d.J. Besonders beeindruckt zeigte er sich von Lis Schilderungen zum geplanten Sanmen-Staudammprojekt am Changjiang. In guter realsozialistischer Wertung sprach er davon, daß das Projekt "den kommenden Generationen von großem Nutzen sein werde". Insgesamt scheint die Lateinamerikareise ohne konkrete Ergebnisse verlaufen zu sein. (XNA, 14. und 19.8.92) -ma-

\*(14)

#### Französischer Industrieminister in China

Anfang August hielt sich Frankreichs Minister für Industrie und Außenhandel, Strauss-Kahn, zu einem, wie es in der französischen Presse hieß, "offiziösen Besuch" in China auf. Hauptgesprächspartner war Li Lanqing, Chinas Minister für außenwirtschaftliche Beziehungen und Handel, sowie "führende Vertreter der zuständigen chinesischen Behörden". Wer diese Behörden waren, wird nicht erwähnt. Informell heißt es von französischer Seite, daß es um den Verkauf von Mirage-2000-5-Kampfflugzeugen an Taiwan gegangen sei. Die Verhandlungen befanden sich bis zu dem Zeitpunkt, da von amerikanischer Seite der Verkauf amerikanischer Kampfflugzeuge nach Taiwan durch den amerikanischen Präsidenten verkündet wurde, in einem schwierigen Stadium. In China sei es um eine "Klarstellung" bestimmter Vorgänge gegangen. Die Schwierigkeit Frankreichs besteht vor allem darin, daß auch in Beijing Interesse am Kauf französischer Flugzeuge geäußert worden ist und daß es bereits im Dezember 1991 zu ersten Vorgesprächen in dieser Richtung gekommen war. (XNA, 2.8.92; Le Monde, 1.8.92) -ma-

\*(15)

#### Verhaltenskatalog für Ausländer

Um ausländischen Touristen und Ausländern, die in China tätig sind, besser zu verdeutlichen, wie sie sich in China

verhalten sollten ("was tun" und "was nicht tun"), hat das chinesische Fernsehen einen Film erstellt, in dessen Geschichte drei Ausländer, "die in China arbeiten, studieren, reisen und wohnen", auftreten und in häufig wiederkehrende Situationen geraten. Zum einen werden die Gesetze der VR China, soweit sie Ausländer betreffen, und andere wichtige Bestimmungen für Ausländer vorgestellt. Der Film beginnt mit Vorschlägen dessen, was Ausländer tun sollten, bevor sie nach China reisen. Er erklärt die Rechte, die Ausländer während ihrer Reise bzw. ihres Aufenthaltes in China genießen, und er stellt die verschiedenen Behörden vor, die sich in China mit ausländischen Angelegenheiten befassen. Zum anderen geht es um Hotels für ausländische Touristen, chinesisch-ausländische Gemeinschaftsunternehmen, Reiseveranstalter, Luftfahrtlinien und die Auslandsabteilungen der chinesischen Polizeibehörden. (XNA, 31.8.92) -ma-

---

## Innenpolitik

---

\*(16)

#### XIV. Parteitag frühestens Mitte Oktober 1992

Auf seiner 8. Plenartagung Ende November 1991 hatte das XIII. Zentralkomitee der KPCh beschlossen, den XIV. Nationalen Parteitag im letzten Vierteljahr 1992 abzuhalten. Anfang März 1992 schlug die Vorbereitungsgruppe für den XIV. Parteitag parteiintern den 23. September als Kongreßbeginn vor (Dongxiang, 9/92, S. 9). Dementsprechend war unter politischen Beobachtern in Beijing und Hongkong noch Mitte 1992 davon ausgegangen worden, daß der Parteitag im September stattfinden würde.

Durch die auch für die Parteitagsplaner überraschende Reformoffensive von Deng Xiaoping zu Beginn dieses Jahres und die darauffolgende wirtschaftspolitische Wende erhielten die programm- und personalpolitischen Vorbereitungen für den Parteitag eine neue Richtung, so daß der ursprüngliche Zeitplan offensichtlich nicht eingehalten werden konnte. Die im August in Hongkonger und Taipeier Me-

dien genannten neuen Termine für den Parteitag schwanken von Mitte Oktober bis Ende Dezember 1992:

- Einem Artikel von Daniel Kwan in der *South China Morning Post* vom 3. August zufolge wird die Einberufung des XIV. Parteitags für Mitte Oktober "erwartet".
- Einem Bericht der KPCh-orientierten (aber deshalb nicht immer zuverlässigeren) Hongkonger Zeitschrift *Guangjiao Jing* zufolge wird der XIV. Parteitag der KPCh erst im letzten Drittel des November 1992 stattfinden (*Guangjiao Jing*, 8/92, S. 8).
- Nach einem Bericht des *Zhengming*-Korrespondenten Luo Bing für die Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang* soll der XIV. Parteitag sogar erst vom 21. bis 27. Dezember 1992 stattfinden. Luo Bing berief sich auf ihm zugänglich gemachte Äußerungen von ZK-Generalsekretär Jiang Zemin auf einer Politbüro-Sitzung am 27. August. Als einen Grund für das späte Zusammentreten des Parteitags nannte Jiang Zemin angeblich, daß in einigen wichtigen Fragen noch keine Einigkeit erzielt worden sei. (*Dongxiang*, 9/92, S. 6-8)

Wenn man hingegen den in den letzten Wochen veröffentlichten Äußerungen der verschiedenen führenden Politiker glaubt, dann scheinen sie sich mittlerweile nahezu ausnahmslos hinter die Reformoffensive von Deng Xiaoping gestellt zu haben. Hinzu kommt, daß auch die Vorbereitungen für die Personalentscheidungen offenbar weitgehend abgeschlossen sind, so daß ein relativ früher Termin für den Parteitag durchaus möglich erscheint. -sch-

\*(17)

#### "Theorie des Genossen Deng Xiaoping über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung"

Im Vorfeld des XIV. Parteitags haben die Reformideologen eine neue politische Formel geschaffen, die offenbar - ebenso wie der Begriff von der "sozialistischen Marktwirtschaft" (siehe C.a., Juli 1992, Ü 9) - Eingang finden soll in die programmatischen Beschlüsse des Parteitags: Dabei handelt es sich um die "Theorie des Genossen Deng Xiaoping über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung" (Deng